



Sitzung des Vorstandes

Von PES Local | Sozialdemokratische KommunalpolitikerInnen Europas
8. März 2017, in Brüssel

Resolution zur Lage in der Türkei

Die Sozialdemokratischen KommunalpolitikerInnen Europas (PES Local) beobachten mit großer Sorge die Entwicklungen in der Türkei. PES Local wünscht sich gute und partnerschaftliche Beziehungen zwischen der EU und der Türkei, besonders zwischen den Menschen.

Wir verurteilen alle terroristischen Anschläge in der Türkei, denen zahlreiche Menschen zum Opfer gefallen sind. Ebenso verurteilen wir den versuchten Staatsputsch vom 15. Juli 2016 entschieden. Die Verantwortlichen für den Terror in den Städten und den versuchten Staatsputsch müssen ermittelt und vor Gericht gebracht werden. Dabei gilt nach demokratischen Grundsätzen auch für die mutmaßlichen Täter die Einhaltung der Rechtstaatlichkeit, die als eines der Kopenhagener Kriterien Grundvoraussetzung für einen EU-Beitritt ist.

Europa darf vor den unverhältnismäßigen Gegenmaßnahmen der türkischen Regierung nicht die Augen verschließen. Presse- und Meinungsfreiheit sind gefährdet. Mehr als zehn Mitglieder des Türkischen Parlaments, die der Oppositionspartei HDP angehören, und über 150 Journalisten sowie 2.300 Richter und Staatsanwälte sind verhaftet worden. 129.000 öffentliche Bedienstete sind entweder suspendiert (66.000) oder entlassen worden (63.000) – in den meisten Fällen ohne Erhebung einer Anklage. Das Europäische Parlament hat in seiner Entschließung vom 24. November 2016 „die unverhältnismäßigen repressiven Maßnahmen, die seit dem gescheiterten Militärputsch im Juli 2016 in der Türkei ergriffen“ wurden, aufs Schärfste verurteilt und die die vorübergehende Aussetzung der laufenden Beitrittsverhandlungen mit der Türkei gefordert. Das Europäische Parlament stellt fest, dass „die repressiven Maßnahmen der türkischen Regierung, die unter Berufung auf den Ausnahmezustand ergriffen wurden, unverhältnismäßig sind, gegen die von der türkischen Verfassung geschützten grundlegenden Rechte und Freiheiten sowie gegen die demokratischen Werte verstoßen, auf denen die Europäische Union beruht“.

Als Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sehen wir besonders aufmerksam auf die Lage der Kommunen und ihrer Bürgerinnen und Bürger. Mit großer Sorge beobachten wir die schweren Einschränkungen und Gefahren im Alltag vieler Bürgerinnen und Bürger in den Städten und Gemeinden, die mit den Konflikten im Südosten der Türkei einhergehen wie auch die Einschränkungen für die kommunale Behörden sowie der lokalen Demokratie.

Im Südosten der Türkei finden schon seit 2015 kriegerische Auseinandersetzungen statt von denen die lokale Bevölkerung stark betroffen ist. Täglich sterben Zivilisten, Soldaten und Polizisten. Die europäische Kommission schätzt, dass über 350.000 Menschen ihr Zuhause verlassen mussten. Menschenrechtsorganisationen sprechen von bis zu einer halben Million Binnenflüchtlinge. Ganze Tage andauernde Ausgangssperren in verschiedenen Städten haben den Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung verhindert. In vielen Städten gibt es umfangreiche Zerstörung von privaten wie auch kommunalen Eigentum und Infrastruktur, zum Teil durch den Einsatz von schwerer Artillerie. Weite Teile des Innen- und Altstadtbezirks Sur in Diyarbakir, der vor einem Jahr zum UNESCO Weltkulturerbe erklärt wurde, sind zerstört. Der türkische Staat hat inzwischen Kirchen, Moscheen sowie die Grundstücke und Gebäude in Sur enteignet und will die Altstadt ohne Beteiligung der Stadtverwaltung wiederaufbauen.

In fast allen Städten in der Südosttürkei hat die Regierung zwangsweise Staatsbeamte eingesetzt. In vielen Kommunen in dieser Region dürfen die frei gewählten Kommunalvertretungen nicht mehr tagen. Über 60 Bürgermeister sind verhaftet worden. Ihnen werden Verbindungen zu terroristischen Organisationen zur Last gelegt. Zu den Inhaftierten zählen auch die beiden Co-Bürgermeister der Millionenstadt Diyarbakir Firat Anli und Gültan Kışanak. Firat Anli hatte noch in der Sitzung des Vorstandes von PES Local am 1. Juli 2016 in Luxemburg einen eindrucksvollen Bericht über die Lage in seiner Stadt und der Region gegeben.



PES Local stellt mit großer Sorge fest, dass Kampfhandlungen in bewohnten Gebieten und repressive Maßnahmen, wie sie in Berichten der Europäischen Kommission und des Menschenrechtskommissars der Europarats geschildert werden, schwerwiegende Auswirkungen auf den Alltag der Menschen haben und fordert alle an dem Konflikt beteiligten Parteien, die kriegerischen Auseinandersetzungen zu beenden und den Friedensprozess wieder aufzunehmen.

PES Local hat große Sorge, dass durch Verhaftungen zahlreicher Bürgermeister und Kommunalpolitiker und die Einsetzung von staatlichen Verwaltern die kommunale Selbstverwaltung und die kommunale Demokratie nachhaltig gefährdet ist.

PES Local appelliert an die türkische Regierung, die Grundsätze der Demokratie und des Rechtsstaats einzuhalten und die kommunale Selbstverwaltung zu achten. Wir erwarten rechtsstaatliche Verfahren für die inhaftierten Kommunalpolitiker sowie die Zulassung von Prozessbeobachtern.

PES Local begrüßt die in einigen europäischen Städten initiierten Hilfsprojekte, mit denen Städte im Südosten der Türkei unterstützt werden.

PES Local empfiehlt außerdem, dass Bürgermeister europäischer Städte Kontakte zu den in der Türkei inhaftierten Bürgermeistern aufnehmen und ähnlich wie es viele Mitglieder des Europäischen Parlaments und des Deutschen Bundestages für inhaftierte Parlamentarier gemacht haben, Patenschaften für inhaftierte Bürgermeister zu übernehmen.